

Helfen, bevor Hilfe nötig wird

Damit ältere Menschen rechtzeitig Unterstützung für die Bewältigung ihres Alltags erhalten und so länger selbstständig sind, startet Bremen ein Modellprojekt mit Hausbesuchen.

In der Hansestadt wohnen bereits heute rund 30.000 Frauen und Männer, die älter als 80 sind – Tendenz stark steigend. Die meisten möchten bis ins hohe Alter möglichst eigenständig in ihrer eigenen Wohnung leben. Um sie dabei zu unterstützen, soll auf Initiative der Grünen noch in diesem Jahr ein Modellprojekt mit präventiven Hausbesuchen bei alten Menschen beginnen. Selbstverständlich bekommen nur die alten Menschen Besuch, die dies ausdrücklich wünschen.

„Neben vielen aktiven alten Menschen gibt es immer mehr alte Menschen, die vereinsamen und aus Scham oder Unwissenheit Hilfen nicht rechtzeitig in Anspruch nehmen, die sie benötigen oder die ihnen sogar zustehen. Unsere Gesellschaft darf diese Menschen nicht alleine lassen und in Kauf nehmen, dass sie irgendwann so

desorientiert sind oder ihre Wohnung so verwahrlost ist, dass als einziger Ausweg das Heim bleibt. Wir wollen vielmehr mit Hausbesuchen dafür sorgen, dass alte Menschen frühzeitig Hilfe erhalten. Uns geht es um Gesundheitsvorsorge, Vermittlung sozialer Kontakte und ambulanten Hilfen. Dafür sollen kompetente Fachkräfte ins Haus kommen und ältere MitbürgerInnen behutsam beraten“, erläutert Dirk Schmidtman, altenpolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion, den Ansatz.

Diese anspruchsvolle Aufgabe muss aus grüner Sicht qualifiziertes Personal übernehmen. Neben Respekt und Taktgefühl müssen die Fachkräfte über Erfahrungen im Umgang mit älteren Menschen verfügen und einen guten Überblick über bestehende Angebote haben, sei es von Kirchen oder Sportvereinen, seien es Haushaltshilfen oder Wohnungsanpassungsmaßnahmen. Ferner müssen sie frühzeitig gesundheitliche Risiken und Probleme erkennen können.

„Diese Art von Hausbesuchen ist nicht ehrenamtlich zu leisten. Wir müssen Kranken- und Pflegekassen für eine gemeinsame Finanzierung gewinnen. Schließlich gehören die Hausbesuche zur präventiven Sozial- und Gesundheitspolitik, damit Menschen möglichst lange selbstbestimmt leben können. Ambulante Hilfen sind fast immer preiswerter als die Heimunterbringung“, so Dirk Schmidtman.

Das Sozialressort arbeitet nun zusammen mit Dienstleistungszentren, Krankenkassen und anderen Institutionen die Details des Modellprojektes aus, das im Herbst beginnen soll.



Mit präventiven Hausbesuchen bei alten Menschen will Bremen auf grüne Initiative dazu beitragen, dass sie möglichst lange selbstständig leben können.

grün: in der Mache

Ampel für Chips & Co.

Über zwei Millionen Kinder und Jugendliche sowie 37 Millionen Erwachsene sind übergewichtig, wie Veröffentlichungen des Robert-Koch-Instituts und Bundesverbraucherschutzministeriums belegen. Die Folgekosten für ernährungsbedingte Krankheiten werden auf 70 Milliarden Euro jährlich beziffert. Eine unter vielen Maßnahmen zur Trendumkehr ist ein einfaches Kennzeichnungssystem für Lebensmittel. Deshalb startet Bremen nun auf grüne Initiative einen Vorstoß auf Bundesebene für eine leicht verständliche Nährwert-Kennzeichnung auf Verpackun-

gen. Lebensmittel könnten rote, gelbe und grüne Punkte für ihren Anteil an Zucker, Fett und Salz erhalten. „Mit diesen drei Ampel-Farben erkennen VerbraucherInnen auf einen Blick, welches Lebensmittel gut und welches schlecht für ihre Ernährung ist. Damit hätte das bisherige Versteckspiel bei der Nährwert-Kennzeichnung ein Ende“, erklärt Karin Mathes, verbraucherpolitische Sprecherin der grünen Fraktion. Bislang wehrt sich Bundesverbraucherschutzminister Seehofer gegen die leicht verständliche Ampel-Kennzeichnung. Er will lieber zahlenreiche Tabellen und kom-



Karin Mathes

pliziertes Prozentrechnen einführen. Dabei verwirren die unterschiedlichen Tabellen und Bezugsgrößen auf Verpackungen die VerbraucherInnen schon heute, wie die Nationale Verzehrstudie nachgewiesen hat. „Wer wirklich VerbraucherInnenenschutz will, muss die Nährwert-Kennzeichnung transparent und einfach machen“, betont Karin Mathes. (pvg)

grün: intern

Lügen-Kampagne

Die CDU stellt sich ein schulpolitisches Armutszeugnis aus: Sie hat eine teure Lügen-Kampagne gestartet, mit der sie sich zur Retterin der Gymnasien aufschwingen will. Doch deren Fortbestehen stellen Grüne und SPD überhaupt nicht in Frage. „Bremen benötigt kein ‚Gymnasien-Schutzgebiet‘, wie die CDU fälschlicherweise behauptet. Schutz benötigen vielmehr Eltern, SchülerInnen und Lehrkräfte vor der reinen Panikmache der CDU. Die baut Feindbilder auf, wo gar keine sind. Einer inhaltlichen Debatte im Fachausschuss verweigern sich die Christdemokraten hingegen“, betont Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion. Aus den eindeutigen Studien, die die individuelle Förderung aller Kinder und einen verbesserten Unterricht anmahnen, hat die CDU nichts gelernt. Sie beharrt auf einem System, das Kinder frühzeitig aussortiert und beschämt.

Schulreader

„Vom Kopfauf die Füße stellen“ – unter diesem Titel gibt die grüne Fraktion einen Reader zur Neuausrichtung des Bremer Schulwesens heraus. Über 20 Beiträge beschäftigen sich aus unterschiedlichsten Blickwinkeln mit der Frage, wie das Bremer Schulsystem verbessert werden kann. Die Artikel stammen von LehrerInnen, SchülerInnen, WissenschaftlerInnen, Verbänden und fachlich versierten Abgeordneten. Der 46-seitige Reader ist kostenlos als PDF-Datei unter www.gruene-fraktion-bremen.de abrufbar.

service & impressum

Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN in der
Bremischen Bürger-
schaft
Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250
e-mail: fraktion@gruene-bremen.de
internet www.gruene-fraktion-bremen.de

V.i.S.d.P.:
Matthias Makosch
Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN
Schlachte 19/20
28195 Bremen

Gestaltung
Designbüro Möhlen-
kamp
Relaunch + Satz
Thomas Kollande

Texte
Paula von Gleich
Matthias Makosch

Fotos
AOK, R. Juan-sang,
A. Quick, H. Kamp,
Weserkraftwerk GmbH

Druck: Gefken &
Köllner, Bremen

grün: inhalt

Haushalt

Seite 2

Der Haushalt 2008/2009 stärkt
Bildung und Soziales.

Wirtschaft

Seite 3

Karin Krusche und Klaus Möhle im
Interview zur Kulturwirtschaft.

Hausbesuche

Seite 4

Auf grüne Initiative startet Bremen
präventive Hausbesuche bei Älteren.

grün:Aktion



Doris Hoch, frauenpolitische
Sprecherin der grünen Fraktion,
hat jüngst neben anderen Re-
ferentinnen auf einer gut besuch-
ten Veranstaltung der Fraktion
erläutert, wie Frauen und Männer
künftig gleichermaßen von der
Verteilung öffentlicher Gelder
profitieren können. Das ist das
zentrale Ziel des Gender Bud-
geting. Mehr dazu lesen Sie im
Internet in der Rubrik ‚Berichte‘
auf www.gruene-fraktion-bremen.de.

grüne ecke

Einheits-Gedanken



„Als nächster hat das
Wort der Abgeordnete
Dr. Güldner, Bündnis
90/Die Linke“, so
Bürgerschaftspräsi-
dent Christian Weber
in der Sitzung vom 9.
April. Na, da lässt der
Präsident doch etwas
zusammenwachsen,
was bei aller Einheits-
liebe gewiss nicht
zusammengehört...

grün: journal



Das neue Weserkraftwerk kann bis zu 17.000 Bremer Haushalte mit Naturstrom versorgen und spart jährlich rund 35.000 Tonnen CO2 ein.

Klimaschutz lohnt sich für Bremen

Damit die Folgen des Klimawandels nicht verheerend werden, ist rasches Handeln notwendig. Bremen leistet daher seinen Beitrag für den Klimaschutz.

F

lutschäden an Gebäuden und Infrastruktur, mehr Krankheiten, hitzebedingte Abnahme der Arbeitsproduktivität – das sind mögliche Folgeschäden der Erderwärmung und des Meeresspiegel-Anstiegs, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jüngst für Bremen skizziert und mit 18 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050 beziffert hat. Klimaschutz lohnt sich also. Um die Menschen vor zunehmenden Sturmfluten und Hochwasser zu schützen, investiert das Land allein 2008/09 knapp 11 Millionen Euro in die Erhöhung der Deiche, die nötige Gesamtinvestition beläuft sich auf über 130 Millionen Euro. „Damit nachfolgende Generationen unsere Klimasünden nicht im wahrsten Sinne ‚ausbaden‘ und teuer bezahlen müssen, ist eine erhebliche Verminderung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 80 Prozent bis 2050 erforderlich. Denn CO2 ist hauptverantwortlich für den Treibhauseffekt. Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind das Gebot der Stunde“, betont Maike Schaefer, energiepolitische Sprecherin der Grünen.

Die grüne Regierungsbeteiligung zahlt sich beim Bemühen um mehr Klimaschutz aus: So bezieht Bremen künftig Ökostrom. Die swb verzichtet auf das Kohlekraftwerk, das jährlich 4,3 Millionen Tonnen CO2 ausgestoßen hätte. Der Energieversorger beteiligt sich nun am Weserkraftwerk, das 17.000 Haushalte mit Naturstrom versorgt und 35.000

Tonnen CO2 pro Jahr einspart. „Wir bauen auch die Windenergie aus, so dass sie 70.000 Haushalte versorgt“, so die Grüne.

Die Koalition setzt zugleich auf Energieeinsparung. Etwa mit einem energetischen Sanierungsprogramm für öffentliche Gebäude und dem Umstieg auf Energiesparlampen. Das Energiespar-Contracting, bei dem ein Investor die energetische Sanierung etwa von Schulen vorfinanziert und aus den eingesparten Kosten bezahlt wird, sorgt ebenso für weniger Energieverbrauch und geringere Kosten. Ferner unterstützt das Umweltressort mit einem Förderprogramm jene Altbau-EigentümerInnen, die Energiesparpotenziale ausschöpfen wollen. Bei Neubauten soll eine hohe Energieeffizienz zum Standard werden. „Klimaschutz belebt die Wirtschaft. Denn jeder ausgegebene Euro für Wärmedämmung oder Heizungssanierung schafft Arbeitsplätze. Die auf Dauer gesparten Energiekosten stärken indes die Kaufkraft“, so Maike Schaefer. Da ein Großteil der CO2-Emissionen aufs Konto des Verkehrssektors geht, gilt nun auf allen Bremer Autobahnen ein Tempolimit. „Damit lässt sich der CO2-Ausstoß verringern und der Verkehrsfluss steigern“, erklärt die grüne Klimaexpertin. Die Koalition setzt auf Car-Sharing, baut als klimaschonende Alternative den ÖPNV aus und will den Fuß- und Radverkehr besser fördern.

1. Bremer Online-Demo auf Haushaltsseite

Der Haushalt geht alle an, denn er ist in Zahlen gegossene Politik. Um für mehr Informationen und Transparenz zu sorgen und die BürgerInnen einzubeziehen, hat die grüne Fraktion deshalb eine Haushalts-Homepage eingerichtet. Über 11.000 BremerInnen haben innerhalb von drei Monaten parallel zu den Haushaltsberatungen davon Gebrauch gemacht. Die BeamtInnen nutzten sie in der Debatte um die Besoldungserhöhung zur ersten Bremer Online-Demo. Über 400 E-Mails erreichten Hermann Kuhn, finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. Er hat sie weitestgehend beantwortet. Ebenso wie die Vorschläge der BürgerInnen zum Umgang mit ihren Steuergeldern. Die Ideen reichen von der Teilprivatisierung der Kliniken über die Einführung einer City-Maut und den Umstieg auf LED-Straßenleuchten bis zur personellen Aufstockung der Steuerfahndung. „Politik darf den Dialog mit den BürgerInnen nicht scheuen. Die Kritik und Vorschläge nehmen wir ernst. Das grüne Internetportal zum Haushalt hat seine Bewährungsprobe bestanden“, so Hermann Kuhn. (pvg)

Interkultureller Dialog am Europa-Tag

Die Bundesrepublik ist zur Einwanderungsgesellschaft geworden. Die Politik muss daher Antworten auf integrationspolitische Fragen finden – beispielsweise wie mehr Bildungsgerechtigkeit für MigrantInnen bewerkstelligt werden kann. Um integrationspolitische Anforderungen zu besprechen, laden die grüne Fraktion und die Europa-Abgeordnete Dr. Helga Trüpel für Freitag, 9. Mai, zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel ‚Interkultureller Dialog am Europa-Tag‘ ein. Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr im Lagerhaus an der Schildstraße. Auf dem Podium sitzen Professorin Yasemin Karakasoglu (Uni Bremen), Halime Cengiz (Bremer Integrationsrat), Dr. Helga Trüpel (MdEP) und die grüne Bürgerschaftsabgeordnete Dr. Zahra Mohammadzadeh.

Mehr Mittel für Bildung

Mit grüner Regierungsverantwortung hat Bremen einen Haushalt, der die Bildung, den sozialen Zusammenhalt und den Strukturwandel in Bremerhaven stärkt. Zugleich belegt der Etat die Eigenanstrengungen zur Schuldenbegrenzung.

Durch die erdrückende Last der Zinsen, die Bremen für seinen Schuldenberg von nahezu 15 Milliarden Euro zahlen muss, ist der politische Gestaltungsspielraum eng begrenzt. „Dennoch hat die Koalition ihr ambitioniertes Ziel, Bremens Neuverschuldung zu begrenzen und wichtige Aufgaben anzugehen, mit den nun verabschiedeten Haushalten für 2008/09 erreicht“, so Hermann Kuhn, finanzpolitischer Sprecher der Grünen. Einerseits setzt Rot-Grün politische Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Armutsbekämpfung. Andererseits hält der Doppeletat 2008/09 den kritischen Blicken anderer Länder und des Bundes bei objektiver Betrachtung stand, schließlich



will das Haushaltsnotlageland bei den Verhandlungen in der Föderalismuskommission und mit der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht Hilfen zum Abbau seiner Altschulden erhalten. Ohne diesen Schuldenberg und die Zinsen dafür könnte Bremen im nächsten Jahr seine Ausgaben mit den Einnahmen bestreiten.

„Die Investitionsmittel von jährlich 440 Millionen Euro sind durch den Vorgriff der großen Koalition bereits in sehr hohem Umfang gebunden. Unabweisliche Investitionen werden abgesichert – dazu gehören der Küstenschutz, der Ausbau des ÖPNV oder auch die energetische Sanierung“, betont Hermann Kuhn. Das Investitionsfeuerwerk der großen Koalition wird auf ein normales Niveau zurückgeführt. Denn zu mehr vollwertigen Arbeitsplätzen hat das nicht geführt. Im Gegenteil: In den zwölf Jahren christdemokratischer Regierungsverantwortung ist die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse gesunken. Die Investitionsquote für Bremerhaven erhöht die rot-grüne Koalition. Mehr als ein Viertel des gesamten Investitionsvolumens des Landes fließt in die Seestadt, in der 17 Prozent der Landesbevölkerung leben.

50 Millionen Euro stehen für Schwerpunkte in den Bereichen Bildung und Soziales bereit. Damit baut die Koalition etwa die Kinderbetreuung aus. Dafür sind zusätzlich über 16 Millionen Euro veranschlagt – macht in beiden Jahren insgesamt 190 Millionen Euro für diesen Bereich. Zur besseren Förderung aller Kinder werden mindestens 110 neue ErzieherInnen eingestellt. Wo Verstärkung pädagogisch am dringendsten ist, werden künftig zwei BetreuerInnen pro Gruppe eingesetzt. Die tägliche Betreuungszeit wird ebenso ausgeweitet wie die Ferienbetreuung. Alle armen Kinder erhalten in den Kitas, Horten und 14 Grundschulen ein kostenloses Mittagessen. Ferner schafft die Koalition fast 120 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren.

Auch die Hochschulen profitieren von den Schwerpunktmitteln. Um die Studienbedingungen und die Lehre zu verbessern, bekommen sie 15 Millionen Euro. Das Ziel: Die Ausbildung soll besser, die Studiendauer verkürzt und die AbbrecherInnenquote verringert werden. Zudem fließt mehr Geld in die Kindeswohlsicherung und in neue Ganztagschulen.

„Mit den Grünen herrscht wesentlich mehr Haushaltsklarheit. Schattenhaushalte gibt's nicht mehr. Wir brechen mit der schlechten Tradition unrealistischer Haushaltsansätze. Ein Beispiel dafür ist die realistische Veranschlagung der rechtsverbindlichen Sozialausgaben, die die große Koalition nach unten schön gerechnet hatte. Auch Luftbuchungen wie die virtuellen Millionen aus dem Kanzlerbrief kommen mit uns nicht in Frage. In den aktuellen Haushalten ist kein einziger Cent aus einem möglichen Verhandlungserfolg in der Föderalismuskommission verbucht“, betont Hermann Kuhn. Steuermehreinnahmen setzt Rot-Grün zur Begrenzung der Neuverschuldung ein. Forderungen der Opposition, Politik wieder gegen Schuldschein der Banken zu machen, weist Hermann Kuhn zurück: „Die Schuldenspirale darf nicht ungezügelt weiter gedreht werden. Das nähme uns nicht nur jede Chance beim Bemühen um Finanzhilfen. Weitere Verschuldung verschärft auf Dauer auch die Spaltung der Gesellschaft. Denn je mehr wir für die Zinsen ausgeben müssen, desto weniger bleibt für jene, die am meisten auf die staatliche Unterstützung angewiesen sind.“



Das Biotechnologiezentrum-Nord liefert der Fisch- und Lebensmittelwirtschaft im Fischereihafen wichtige Impulse. Um seiner rasanten Entwicklung Rechnung zu tragen, wird es nun erweitert.

„Kreativwirtschaft besser fördern“

Die Kulturwirtschaft ist zu einem wichtigen Faktor wirtschaftlicher Entwicklung geworden. Ihr Spektrum reicht von Architektur- und Designbüros über Verlage und Künstler bis zu Werbeprofis und Software-Entwicklern.

Wie Bremen das Potenzial der Kreativbranchen besser nutzen kann, erläutern Karin Krusche (kulturpolitische Sprecherin) und Klaus Möhle (wirtschaftspolitischer Sprecher) im Interview.

Wo liegen die Potenziale der Kreativwirtschaft?

Klaus Möhle: Die Kultur- bzw. Kreativwirtschaft bietet alles, was Wirtschaft ausmacht: Gute Ideen haben und sie zur Marktreife bringen. In jedem Produkt steckt Kreativität. Ein Porsche beispielsweise verkauft sich nicht nur über die Technik, sondern auch durch sein Design. Die Entwicklung nutzerfreundlicher Oberflächen von Handys hat sich ebenso als verkaufsfördernd erwiesen. Die Kreativen sind folglich nicht nur als eigene Branche von Bedeutung. Sie wirken darüber hinaus als Impulsgeber für Innovationen in viele andere Wirtschaftsbranchen, wodurch neue und unverwechselbare Produkte und Dienstleistungen entstehen, die im Wettbewerb oftmals den entscheidenden Unterschied machen. Das müssen wir mehr befördern.

Karin Krusche: Damit sich die Kreativwirtschaft in Bremen entfalten kann, müssen wir das vielfältige Kulturlieben erhalten. Denn die institutionell geförderte Kultur ist der Humus, aus dem die Kreativen ihre Ideen gewinnen. Das reichhaltige Kulturangebot macht den Standort für die Kreativbranchen interessant.

Wie kann Bremen die hiesige Kulturwirtschaft stärken?

Karin Krusche: Die Kommune muss sich erstmal über die Potenziale der Kreativwirtschaft klar werden. Dafür brauchen wir einen Kulturwirtschaftsbericht, der belastbare Zahlen zu den vorhandenen Unternehmen, Arbeitsplätzen und Umsätzen liefert. Der entscheidende Punkt ist der Weg zur Erstellung des Berichts: Da sitzen dann Unternehmer, Kulturschaffende und Verwaltung an einem Tisch und kommen ins Ge-

spräch. Mit dem Kulturwirtschaftsbericht wollen wir Mauern durchbrechen und eine bessere Vernetzung zwischen Wirtschaft und Kultur herstellen.

Klaus Möhle: Eine bessere Vernetzung setzt in der Regel ökonomische Stärken frei. Die Politik muss zugleich Brücken zwischen den Kreativen und der Wirtschaftsförderung bauen. Die klassischen Förderinstrumente mit standardisierten Formularen greifen bei Kulturschaffenden normalerweise nicht.

Was müsste verändert werden?

Klaus Möhle: Die klassische Wirtschaftsförderung will viel zu sehr steuern. Gefragt ist im Kreativbereich hingegen ein Angebot, das viel mehr auf individuelle Bedürfnisse und Fragestellungen eingeht. Das darf kein starrer Rahmen sein, die Kreativen müssen sich frei entwickeln können. Darin liegt ja gerade ihre Stärke. Wir können das Potenzial der Kreativen durch Hilfestellungen bei der Existenzsicherung bzw. Professionalisierung eines bestehenden Kulturunternehmens besser für den Wirtschaftskreislauf nutzen. Mit einfallreicherem und bedarfsgerechten Förderinstrumenten können wir auch jenen Feuerschlucker zur regulären Existenzgründung bewegen, der jetzt noch ohne Gewerbeschein auftritt. Erfahrungen aus Aachen belegen übrigens, dass sich die zielgenauere Unterstützung auf dem Weg zur unternehmerischen Selbstständigkeit rechnet. Während die Arbeitsagen-



Karin Krusche (li.) und Klaus Möhle (re.) lassen sich von Joachim J. Linnemann und Clemens Paul die Entwicklung in der Überseestadt erläutern. Sie bietet das Milieu für weitere Kreativbranchen.

tur dort 50.000 Euro für die Beratung von einem Existenzgründer veranschlagt, benötigte das ‚Gründerzentrum Kulturwirtschaft‘ lediglich ein Pro-Kopf-Investitionsvolumen von 9500 Euro.

Hat Bremen denn überhaupt genügend Anziehungskraft für Kreative?

Karin Krusche: Bremen bietet gute Voraussetzungen für kreative Branchen. Es verfügt über die drei entscheidenden Faktoren: Technologie, Toleranz und Talente. Hinzu kommt die Urbanität. Kreative Branchen brauchen ein urbanes Milieu, aus dem sie Anregungen schöpfen. Das bietet vor allem die Überseestadt mit ihrer einzigartigen Lage am Wasser und der Umwandlung eines alten Hafenreviers in einen völlig neuen Stadtteil, der auch durch die Mischung alter und moderner Architektur spannend ist. Wohnen, Arbeiten und Kultur gehören da zusammen. Dort ist rund um die Uhr etwas los. Dieses Milieu wollen Kreative, die nicht nach festen Bürozeiten arbeiten.

Fischereihafen weiterentwickeln

Die Grünen wollen den Strukturwandel in Bremerhaven verstetigen. Ein Beispiel dafür sind Investitionen in den Fischereihafen. Das größte Gewerbegebiet der Seestadt wird als innovativer Industrie-, Wissenschafts- und Windkraft-Standort weiterentwickelt. Ein wichtiges Standbein ist die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft, in der über 4000 Beschäftigte tätig sind. Mit dem Biotechnologiezentrum erhält diese Branche wichtige Impulse aus der anwendungsbezogenen Forschung. Um dem rasanten Wachstum Rechnung zu tragen, wurde kürzlich der Grundstein für einen rund neun Millionen Euro teuren Erweiterungsbau gelegt.

„Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf eine enge Kooperation mit der Wissenschaft. Das Biotechnologiezentrum ist ein entscheidender Faktor, mit Innovationen Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Standorten zu erzielen“, betont Doris Hoch. Die Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen ist zudem erfreut darüber, dass manche in der Fischverarbeitung tätige Unternehmen auf nachhaltige Produkte Wert legen: „Einige Firmen haben inzwischen ein Ökosiegel. Nachhaltiger Fischfang muss die Maxime sein, um der Überfischung der Meere entgegenzuwirken. Das ist der richtige Weg, denn

ohne Fisch ist der Fischereihafen bedeutungslos.“ Die nachhaltige Fischereiwirtschaft sollte aus grüner Sicht auch bei der Weiterentwicklung des ‚Schaufensters Fischereihafen‘ stärker thematisiert werden. Die Attraktivität dieser maritimen Erlebniswelt für TouristInnen will die Koalition noch steigern.

„Wir wollen die Potenziale des Fischereihafens nutzen. Dazu gehört die Umwandlung von Industriebrachen in Gewerbeflächen und die Ansiedlung von Windenergie-Unternehmen im südlichen Fischereihafen“, so Doris Hoch. Für die weitere Erschließung stehen im Haushalt 2008/2009 über drei Millionen Euro bereit.